



Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Eine Aufgabe der Gemeinden?

Der Klimawandel ist Realität. Das spüren wir alle ganz subjektiv und hautnah bei Wetterextremen wie Dürre und Überschwemmungen, das belegen aber auch objektiv zahlreiche Statistiken. Die Menschheit hat die Aufgabe, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, die Erderwärmung zu begrenzen und Strategien zur Anpassung an die bereits eingetretenen klimatischen Veränderungen zu entwickeln – aber wird Klimaschutz damit automatisch auch zu einer Aufgabe für die Städte und Gemeinden?

DIE AUFGABEN DER GEMEINDEN

Eine Aufgabenzuweisung für Kommunen findet sich in der Gemeindeordnung, eine konkrete Selbstverwaltungsgarantie im Grundgesetz und in der Landesverfassung. In keiner dieser Quellen wird konkret der Klimaschutz als gemeindliche Aufgabe genannt. Die Städte und Gemeinden im Land sind jedoch ein maßgeblicher Teil der Gesellschaft und geradezu prädestiniert dafür, das Zusammenleben aller Einwohnerinnen und Einwohner auf der örtlichen Ebene so zu organisieren, wie es dem Wohl dieser Einwohner am besten entspricht.

Dies bedeutet, für die notwendigen Kindergärten und Schulen, für Straßen, für Wasser und Abwasser und viele andere Einrichtungen zu sorgen. Es bedeutet aber auch, über den fehlenden Zebrastreifen und die sanierungsbedürftige Schultoilette hinaus zu denken und dafür Sorge zu tragen, dass auch zukünftige Generationen eine lebenswerte Heimat zum Wohnen und zum Leben vorfinden. Und spätestens hier rückt der Umweltschutz, ganz speziell der Klimaschutz ins Blickfeld, wenn es darum geht, den kommunalen Aufgabekatalog zu füllen.

KLIMASCHUTZ IST SCHON LÄNGST IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN ANGEKOMMEN

„Kommunen können Klimaschutz!“ – dies ist zugegebenermaßen ein eingängiger Slogan. Aber die Städte und Gemeinden im Land können diesen Slogan auch mit breiter Brust verkünden. Seit vielen Jahren setzen sie Klimaschutzprojekte, aber auch Maßnahmen zur Anpassung an den bereits erfolgten Klimawandel kraftvoll um. Viele Projekte, Ideen und Lösungsansätze, die heute bereits ihre Wirkung entfalten, wurden in den Städten und Gemeinden im Land entwickelt, ermöglicht und umgesetzt. Speziell die Kommunen in Baden-Württemberg glänzen im wahrsten Sinne des Wortes mit viele kreativen Ansätzen: Dies zeigen die zahlreichen Auszeichnungen, die unsere Städte und Gemeinden auch bei der diesjährigen Preisverleihung des „European energy award“ in Empfang nehmen konnten.

VIELFALT IST TRUMPF: GROSSE BANDBREITE AN KOMMUNALEN KLIMASCHUTZMASSNAHMEN

Naturgemäß sind es eher große Projekte, die im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen: Hier ein neues Wärmenetz im Neubaugebiet, dort eine aufwändige und höchsten

energetischen Ansprüchen genügende Sanierung eines Schulzentrums. Aber auch „kleinere“, in den Medien nicht immer auftauchende Projekte und Ideen summieren sich beim Klimaschutz zu ansehnlichen Mengen an eingespartem CO₂ auf: Lokale Verkehrskonzepte wie Rufautos, „Mitfahrerbänke“ und Fahrradgaragen; Nachhaltigkeitsprojekte wie die eigene Tupperbox für Metzger, Bäcker oder die Frischetheke im Supermarkt; die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf – idealerweise auch noch insektenfreundliche – LED-Beleuchtung; der Ausbau von E-Tankstellen, aber auch passive Maßnahmen wie Investitionszuschüsse für Solaranlagen und ähnliches – kurz: Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, und von dieser Freiheit machen die Klimaschutzmanager in den Rathäusern landauf, landab auch rege Gebrauch.

KLIMA GERETTET, ALLES GUT?

Trotz dieser vielfältigen Ansätze und der unbestreitbaren Erfolge ist auch klar: Klimaschutz ist eine Aufgabe der Gemeinden, er ist aber nicht die einzige! Klimaschutz konkurriert mit vielen anderen kommunalen Aufgaben. Die Gemeinderäte müssen zusammen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern klug abwägen und an Hand der örtlichen Situation entscheiden, welche Aufgaben in welchem Umfang mit welcher Priorität umgesetzt werden können – dies gilt umso mehr, wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten begrenzt sind.

Ideal ist es, wenn verschiedene Aufgaben eine „Motiv-Allianz“ eingehen: So schließen sich beispielsweise die Erschließung neuer Baugebiete und Klimaschutz nicht aus. Sie bieten oft die Möglichkeit, innovative Energiekonzepte zu verwirklichen. Klimaschutzende Maßnahmen wie beispielsweise PV-Anlagen auf Dächern können dort, wo diese sinnvoll sind, durch den Bebauungsplan vorgegeben werden. Die Gestaltung des Baugebiets an sich kann verstärkt Elemente der Anpassung an die Klimaerwärmung berücksichtigen und vieles mehr.

MOTIVIEREN STATT VERBIETEN

Aus Sicht des Gemeindetags wäre hier noch viel mehr möglich, wenn die Politik eine Lenkung über attraktive Anreizsysteme vorsehen würde. Leider weist die Fortschreibung des Landesklimaschutzgesetzes eher in eine andere Richtung: Mehr Klimaschutz soll über mehr Gebote und Verbote erreicht werden. Diese Entwicklung sieht der Gemeindetag

sehr kritisch: Staatlich verordneter Klimaschutz erstickt die kreativen und letztlich erfolgreichen Lösungsansätze vor Ort. Diese Sichtweise haben die Städte und Gemeinden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gegenüber dem Land deutlich angesprochen und mit der Aufforderung verbunden, auf die Kreativität und die lokale Kompetenz der Rathäuser zu vertrauen. Die Politik soll und darf den Mut zu mehr Klimaschutz durch ausgeweitete Anreizsysteme haben. Ein modernes Klimaschutzgesetz, das nicht auf Gebote und Verbote setzt, sondern die Gemeinden in ihrer Vorbild-, Vertrauens- und Steuerungsfunktion ernst nimmt, kann ein Gewinn für das Land, vor allem aber für das Klima sein.

KOMMUNEN ALS GLEICHBERECHTIGTE PARTNER IM KLIMASCHUTZ

Aus Sicht des Gemeindetags heißt „Klimaschutz richtig machen“, die Kommunen als Gestaltungs- und Lösungsebene zu erkennen, einzubinden und zu unterstützen. Der Gemeindetag ist der festen Überzeugung, dass die Kommunen im Klimaschutz eine Vorbildfunktion haben, im Staatsgefüge eine Vertrauensfunktion besetzen und aus dieser Vorbild- und Vertrauensfunktion heraus auch eine wichtige Steuerungsfunktion für einen gelingenden Klimaschutz wahrnehmen können. Aus diesem Selbstverständnis heraus hat der



**STEFAN
BRAUN**

Referent beim Gemeindetag Baden-Württemberg, u.a. für den Bereich Klimaschutz zuständig

Landesvorstand des Gemeindetags einstimmig das Positionspapier „Klimaschutz aus Überzeugung“ beschlossen. „Mehr Vertrauen in die Problemlösungskompetenz unserer Städte und Gemeinden“ – das ist der klimapolitische rote Faden, auf dem dieses Positionspapier basiert, und das ist auch die Botschaft, die die Städte und Gemeinden mit diesem Positionspapier an Gesellschaft und Politik senden wollen.

WIE KÖNNEN ANREIZSYSTEME AUSSEHEN?

Bund, Länder und teilweise auch die EU bieten verschiedene Förderprogramme rund um das Thema Klimaschutz an. Es ist eine Binsenweisheit, dass die Attraktivität von Förderprogrammen zum einen von der jeweiligen Förderquote, zum anderen von dem mit der Antragstellung verbundenen bürokratischen Aufwand abhängt. Hier bestehen gute Ansätze wie z.B. die „Kommunalrichtlinie“ des Bundes oder das Programm „Klimaschutz Plus“ des Landes. Es gibt aber durchaus noch Luft nach oben.

Fördermöglichkeiten erfordern manchmal auch völlig neue Denkansätze: So hat der Gemeindetag in seinem Positionspapier die Idee eines „Solarfonds“ ins Spiel gebracht: Zum Ausbau der erneuerbaren Energien können PV-Anlagen viel mehr als bisher beitragen. Es müssen politische Rahmenbedingungen angepasst werden und es bedarf einer finanziellen Unterstützung bei der Anschaffung: Warum nicht private Häuslesbauer, Kommunen, Vereine und andere Investoren bei dieser Anschaffung unterstützen? Die Mittel werden aus einem „Solarfonds“ vorgestreckt und über die erzielten Einsparungen über einen gewissen Zeitraum wieder zurückgezahlt. Der Solarfonds könnte sich dabei z.B. aus der CO₂-Abgabe speisen.

FAZIT

Klimaschutz wird in den Städten und Gemeinden als Aufgabe wahrgenommen – in dem Umfang, wie es vor Ort jeweils möglich ist, und in einer Aufgabenkonkurrenz zu vielen anderen Zuständigkeiten, die die Kommunen besitzen. Ein durch viele Amtsjahre gestählter Bürgermeister brachte es wie folgt auf den Punkt: „Gemeinden und der Klimaschutz, das ist zwar keine Liebesheirat. Aber es ist sicher mehr als eine Vernunftfe!“ In diesem Sinne: Klimaschutz mit Vernunft – es könnte schlechtere Zukunftsaussichten geben...